

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie im europäischen Vergleich: Fragestellungen und Ergebnisse

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1983) : Die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie im europäischen Vergleich: Fragestellungen und Ergebnisse, In: Jürgen Kocka (Ed.): Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert: Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich, ISBN 3-525-33488-5, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, pp. 5-20

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112286>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Jürgen Kocka

Die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie im europäischen Vergleich

Fragestellungen und Ergebnisse

Fragestellungen

Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie¹ erfolgte in Deutschland in den 1860er und frühen 1870er Jahren. 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) durch Ferdinand Lassalle gegründet, 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) durch Bebel und Liebknecht, und 1875 vereinigten sich diese beiden Parteien zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Das waren die auffälligsten Markierungspunkte eines Weges, auf dem sich die deutsche Arbeiterbewegung parteipolitisch verselbständigte und vom demokratischen Flügel des Liberalismus löste, dem sie ursprünglich eng angehört hatte. Seitdem entwickelten sich Liberalismus und Sozialdemokratie in Deutschland getrennt, jener ohne einen starken demokratischen Flügel und in Distanz zu Prinzipien der sozialen Demokratie, diese lange im parteipolitischen Abseits, in der grundsätzlich-oppositionellen Isolation. Zu sozialdemokratisch-liberal-demokratischer Partei-Kooperation kam es, jedenfalls auf gesamtstaatlicher Ebene, erst in der kurzlebigen »Weimarer Koalition«, die im Ersten Weltkrieg entstand und die Weimarer Reichsverfassung prägte, und dann in der sozialliberalen Koalition 1969–1982.

Jene Weichenstellung in den 1860er/70er Jahren stellt ein Grundproblem der Geschichte von Demokratie und Arbeiterbewegung in Deutschland dar. Es ist immer wieder von Historikern diskutiert worden. So hat man darauf aufmerksam gemacht,² daß es sich weniger um eine Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie

als vielmehr um die Ersetzung der letzteren durch die erstere handelte, denn in der Tat blieb ja von einer eigenständigen bürgerlich-demokratischen Bewegung oder von einem demokratischen Flügel des Liberalismus nach der Bismarckschen Reichsgründung mit Unterstützung des zunehmend nationalen Liberalismus und nach der Bildung der Sozialdemokratie nicht mehr viel übrig. So gesehen, setzte die Sozialdemokratie in programmatisch erweitertem, klassenmäßig verengtem Zusammenhang fort, was die bürgerliche Demokratie – der bürgerlich-demokratische »Radikalismus«, wie man auch manchmal sagt – gewollt, aber nicht durchgesetzt hatte.

Andererseits hat man in der Forschung betont, wie unfertig die Situation auch 1875 noch war. Auch nach der Entstehung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei blieben einige personelle und programmatische Verbindungen zwischen ihr und der bürgerlichen Linken bestehen, die Trennung von proletarischer und bürgerlicher Demokratie war nie ganz perfekt. Unvollkommen war jene Trennung in den 70er Jahren auch deshalb, weil die Sozialdemokratie zunächst nur ein kleines Minderheitsphänomen war – die beiden Arbeiterparteien hatten 1874 zwischen 30 000 und 40 000 Mitglieder und erhielten in der Reichstagswahl desselben Jahres ca. 350 000 Stimmen (knapp 7 %). Die große Mehrheit der Lohnarbeiter wählte noch andere Parteien oder war politisch nicht festgelegt, wohl überhaupt erst im Vorhof der Politik – selbst wenn man nur an die städtischen Arbeiter denkt und nicht an das viel zahlreichere, stark kirchlich und konservativ eingebundene Landproletariat.³ Die Situation war in der Tat noch sehr unfertig, aber dennoch wurde die parteigeschichtliche Weichenstellung jenes Jahrzehnts nie mehr rückgängig gemacht; sie erwies sich als erstaunlich stabil.

Die Forschung hat die Vorläufer des in den 60er/70er Jahren beobachtbaren Trennungsprozesses über die Revolution von 1848/49 in den Vormärz zurückverfolgt. In der Tat gab es spätestens in den 1840er Jahren auch in Deutschland ideologische Spannungen zwischen sozialistisch-kommunistischen und demokratisch-liberalen Zielsetzungen sowie schwache Ansätze zur Bildung selbständiger politischer Organisationen, die links von der bürgerlichen Demokratie standen, und solcher, die sich speziell an Arbeiter wendeten und von Arbeitern getragen wurden.⁴

Auch ist versucht worden, die Entstehung einer selbständigen Arbeiterpartei als Teil eines umfassenden Klassenbildungsprozesses zu

verstehen, der sich als Folge der Durchsetzung von Kapitalismus und Industrialisierung spätestens seit den 1840er Jahren abzeichnete. Die Herausbildung von Lohnarbeit; die allmähliche Konstituierung einer Lohnarbeiterklasse mit gemeinsamen Interessen und Erfahrungen – in Absetzung von und in Spannung mit selbständigen Kapitalbesitzern und Arbeitgebern; die zunehmend klassenmäßige Ausprägung sozialer Proteste (Veränderungen vom Volksaufstand zum Arbeiterstreik); die Bildung von gewerkschaftlichen und ähnlichen Organisationen, die sich speziell an Lohnarbeiter (der einzelnen Berufe) wendeten und selbständige Handwerker wie Unternehmer zunehmend ausschlossen; aber auch Veränderungen in den Verkehrs- und Heiratskreisen, in der politischen Sprache und Kultur – all das waren Dimensionen eines vielfältigen Klassenbildungsprozesses, zu dem dann die Herausbildung einer selbständigen politischen Arbeiterbewegung, einer Arbeiterpartei, in den 1860er und 70er Jahren nur noch gewissermaßen als letzte Konsequenz hinzugehörte.⁵

Von dieser Sichtweise her erscheint die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie mit gewisser Notwendigkeit aus der kapitalistischen Industrialisierung zu folgen, deren Durchbruchphase in Deutschland von den 1840er bis in die 1870er Jahre reichte. Nach dieser Sichtweise besteht die hauptsächliche Ursache dieses Trennungsprozesses in den mit fortschreitender Industrialisierung notwendig hervortretenden Interessengegensätzen zwischen lohnabhängigen Arbeitern und Gesellen einerseits, selbständigen Meistern, Kapitalbesitzern und Arbeitgebern andererseits, in Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit, die sich in Auseinandersetzungen um die Sozialpolitik, um das Arbeitsrecht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen, aber auch im Kampf um das allgemeine Wahlrecht und um die soziale Gleichberechtigung der selbstbewußter werdenden Arbeiter äußerten und eine klassenübergreifende demokratisch-liberale Volksbewegung notwendig strapazierten und am Ende, der Klassenlinie entlang, spalten mußten.⁶

Hatten also die Versuche, die entstehende Arbeiterbewegung auf der parteipolitischen Ebene im Lager eines auch linksliberal-demokratische Strömungen umfassenden Liberalismus zu halten, nie eine Chance? Solche Versuche gab es ja in den 1860er Jahren durchaus, durch Demokraten wie Johann Jacoby und sozial orientierte Liberale wie Schulze-Delitzsch in Norddeutschland; durch den Demokraten Leopold Sonnemann – Herausgeber der Frankfurter Zeitung – und

andere Führer des linksliberal-demokratisch-sozial orientierten Vereinstags deutscher Arbeitervereine (VDAV), bis dieser 1868/69 teilweise in die neu entstehende Sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Leitung Bebels und Liebknechts übergang; durch die demokratischen »Volksparteien« Sachsens und Südwest-Deutschlands, die sich ausdrücklich klassenübergreifend an Arbeiter und Bürger zugleich wandten.⁷ Mußten diese Versuche scheitern, mußten sie schon zu diesem frühen Zeitpunkt scheitern und vor allem: mußten sie aus den genannten sozialökonomischen Gründen – Interessendivergenzen zwischen Arbeitern und Wirtschaftsbürgern als Folge der kapitalistischen Industrialisierung – scheitern?

Zweifel an dieser Sichtweise melden sich, wenn man auf andere Länder blickt. In England, dessen ebenfalls kapitalistisch strukturierte Industrialisierung ein halbes Jahrhundert vor der deutschen begann, kam es dennoch erst viel später als in Deutschland, nämlich erst um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, zur Gründung einer eigenständigen Arbeiterpartei; in USA fehlt eine solche bis heute. Im internationalen Vergleich, so scheint es, erfolgte jene Trennung zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie in Deutschland besonders früh und besonders deutlich. Ist dies Teil eines deutschen »Sonderwegs«?⁸ Wenn ja, wie läßt er sich erklären?

Es liegt nahe und ist mehrfach versucht worden, zur Antwort auf die besondere Schwäche oder die besonderen Schwierigkeiten des bürgerlichen Liberalismus bzw. Radikalismus in Deutschland zu verweisen, auf seine besondere Unfähigkeit, trotz der sich vergrößernden, industrialisierungsbedingten Sprengkräfte eine politische Allianz zwischen Arbeiterschaft und Teilen des Bürgertums aufrecht und die entstehende Arbeiterbewegung bei der Stange zu halten.⁹ Zur Erklärung dieser begrenzten Integrationskraft der bürgerlichen Linken und der damit verbundenen Neigung von Arbeiterführern, sich vom schwachen liberal-demokratischen Lager zu lösen und selbständig zu machen, ist in der letzten Zeit zum einen auf die Art der Nationalstaatsbildung in Deutschland verwiesen worden: verspätet, obrigkeitsstaatlich gelenkt, kleindeutsch-preußisch und mit der Wirkung, die linksliberalen, demokratischen Kräfte entscheidend zu schwächen; zum andern auf die ungelösten und schließlich nicht im liberal-demokratischen Sinn gelösten Verfassungsfragen, die es den Liberalen in Deutschland erschwerten, sich ähnlich integrationsfähig zu erweisen wie die in Großbritannien.¹⁰

Aber waren das wirklich die ausschlaggebenden Gründe? Fielen nicht Eigenarten des deutschen Industrialisierungsprozesses – im Vergleich zu Frankreich und England relativ spät und relativ rasch¹¹ – viel mehr ins Gewicht? Soweit aber die verspätete Nationalstaatsbildung »von oben« und der vorparlamentarische, ungeklärte Stand der Verfassungsfrage wirklich die Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland so einschneidend prägten: wie geschah dies genau, über welche Mechanismen und Vermittlungsschritte? Und war denn die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung wirklich so besonders, im Vergleich zu anderen Ländern? War sie nicht auch in Deutschland regional ungeheuer verschieden?

Die folgenden Beiträge, die – bis auf den von John Breuilly – auf dem Münsteraner Historikertag 1982 in einer vom Herausgeber geleiteten Sektion vorgelegt wurden,¹² beschäftigen sich mit diesen Problemen. Über die bisherige Diskussion sollen sie in doppelter Hinsicht ein Stück weit hinausführen.

Zum einen geht es ihnen um den internationalen und um den interregionalen *Vergleich*. Die Diskussion um die Trennung zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie ist zwar reich an vergleichenden Implikationen und Andeutungen, aber arm an explizit vergleichenden Studien. Zwei der Beiträge dieses Bandes sind in sich komparativ. John Breuilly vergleicht Deutschland und Großbritannien, also zwei Fälle, die unter den hier interessierenden Gesichtspunkten vermutlich besonders stark divergierten und die in der Diskussion immer wieder miteinander konfrontiert worden sind (bekanntlich auch in den allgemeinen Debatten über die Frage eines »deutschen Sonderwegs«). Dieter Dowe vergleicht das preußische Rheinland (Kernland des ADAV und Ort einer früh selbständig werdenden Arbeiterbewegung) und Württemberg, wo der liberal-demokratische VDAV und eine demokratische Volkspartei stark waren und sich die Ausdifferenzierung zwischen bürgerlichen Linken und Arbeiterbewegung besonders langsam vollzog. Die anderen Beiträge – von Heinz-Georg Haupt über Frankreich und von Helmut Konrad über das Cisleithanische Österreich – sind mit denen über England (Sidney Pollard) und Rheinland/Württemberg dadurch vergleichbar, daß sie die in jedem Fall sehr verschiedenen Sachverhalte unter ähnlichen Fragestellungen und mit ähnlichen Begriffen zu erfassen suchen. Den Autoren und Sektionsteilnehmern sei dafür gedankt, daß sie sich auf gleiche, vom deutschen Fall her entwickelte Fragestellungen und Begriffe einließen,

auch wenn diese quer zur jeweiligen nationalen historiographischen Tradition standen und insofern erhebliche »Übersetzungsleistungen« erforderten. Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern und Regionen sollten auf diese Weise deutlich werden.

Zum andern versuchen die Beiträge zu prüfen, wie weit die »Trennung zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie« – zunächst und vor allem ein partei- und ideologiegeschichtlicher Vorgang – tatsächlich, wie oben skizziert, als Teil eines mehrdimensionalen, umfassenden Klassenbildungsprozesses zu begreifen ist und aus diesem folgt, oder ob sie nicht doch eher aus anderen, z. B. soziopolitischen Gründen (Eigenarten der Staatsbildung, Verfassungszustand, politische Traditionen politischer Art) zu erklären ist. Die Thematik der Beiträge ist deshalb breit gespannt. Sie reicht von der Herausbildung von Lohnarbeit im Zusammenhang der Durchsetzung von Kapitalismus und Industrialisierung (in national und regional stark verschiedenen Varianten) über die Behandlung sozialer Proteste und Konflikte zur Diskussion des Vereins- und Gewerkschaftswesens und eben auch zur Frage nach der Entstehung selbständiger Arbeiterparteien. Wie weit sich Volksbewegungen klassenübergreifender Art zu Klassenbewegungen, eben Arbeiterbewegungen, ausdifferenzierten, ist eine leitende Frage für jeden Beitrag.

Einige Ergebnisse

Gewisse Grundlinien der Entwicklung zeigen sich in jedem der behandelten Fälle: die allmähliche Herausbildung von Lohnarbeit aus älteren Produktionsverhältnissen im Zuge der Durchsetzung des Kapitalismus und der Industrialisierung; Gegensätze zwischen Lohnarbeitern und Unternehmern/Arbeitgebern, die allmählich ältere Fronten (zwischen den »kleinen Leuten« und den Autoritäten z. B.) überlagerten und dafür sorgten, daß herkömmliche Volksunruhen allmählich durch Streiks ergänzt bzw. verdrängt wurden, die dadurch gekennzeichnet sind, daß die gegeneinander stehenden Seiten verschiedenen Klassen angehören; schrittweise die Herausbildung von Organisationen auf Klassenbasis, wenn auch zunächst durchgehend beruflich differenziert (von Hilfskassen und Genossenschaften zu Gewerk-

schaften), wobei selbständige Handwerker und Kleinunternehmer abgedrängt wurden bzw. die zunehmend zur Sache von Lohnarbeitern werdenden Organisationen verließen; die Verknüpfung von wirtschaftlicher, sozialer Interessenwahrnehmung und politischer Einflußnahme bei allen entstehenden Arbeiterbewegungen (wenn auch das letztere nicht notwendig durch eine unabhängige Arbeiterpartei). Andere Aspekte der Klassenbildung werden in den Beiträgen nur am Rande berührt: z.B. Veränderungen in der sozialen und politischen Sprache, in der klassenspezifische Kampfbegriffe wie »Proletariat« oder auch »Arbeiterklasse« neben und vor klassenunspezifischen wie »Volk« rückten oder ältere Begriffe neue, klassenspezifische Ausprägungen erhielten (z. B. »Arbeiter«); oder die Herausbildung proletarischer Kommunikationskreise und Lebensformen in städtischen Arbeitervierteln. Doch es steht zu vermuten, daß auch diese Aspekte von Klassenbildung – sicherlich in wechselnder Form, Stärke und Geschwindigkeit – in allen kapitalistisch industrialisierenden Systemen jener frühen Entwicklungsstufe auftraten. Auf diese bezogen, scheint der Begriff der Klassenbildung¹³ universal verwendbar zu sein.

Andererseits führen die Beiträge die ausgeprägten Unterschiede zwischen den Ländern und Regionen vor, übrigens auch die Unterschiede in der jeweils zuständigen Geschichtsschreibung. Da ist das englische Pionierland mit seiner nicht allzu schnellen Industrialisierung, die es der entstehenden Lohnarbeiterschaft und Arbeiterbewegung erlaubte, ohne allzu scharfe Brüche aus vorindustriellen (aber bereits stark kapitalistisch geprägten) Verhältnissen herauszuwachsen. Die frühe Legalisierung der Gewerkschaften (Aufhebung des Koalitionsverbots 1824, in Deutschland und Frankreich erst in den 1860er Jahren) trug sicherlich zu der frühen und dichten Gewerkschaftsbildung bei, wenn diese auch lange primär auf örtlicher Ebene verblieb, während in Deutschland vergleichsweise früh – schon 1848/49 und in den 1860er Jahren – auf überlokalen, überregionalen Zusammenschluß hingearbeitet wurde; sicherlich erklärt sich dieser Unterschied nur teilweise aus der Tatsache, daß die Räume verbindenden Eisenbahnen in Deutschland bereits in der ersten Industrialisierungsphase dazu gehörten, während sie die englische Industrialisierung erst auf einer fortgeschrittenen Stufe zu prägen begannen. Mitte der 70er Jahre zählte man in England 1,2 Mio. gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, in Deutschland deutlich weniger als 100 000, in Frankreich noch weniger. Mit der Stärke ihrer Gewerkschaften, so

deuten sowohl Pollard wie Breuille an, hing die Zurückhaltung der englischen Arbeiter gegenüber einer *selbständigen politischen Arbeiterbewegung zusammen*, jedenfalls nach dem Niedergang des Charismus (den Pollard als proletarische Klassenbewegung vorstellt), also seit der Jahrhundertmitte. Daß die mit dem langsamen Industrialisierungstempo zusammenhängende Stärke der beruflich hoch qualifizierten Arbeiter einerseits und die Existenz eines gut funktionierenden parlamentarischen Systems mit einem schrittweise demokratisierten Mehrheitswahlrecht (für Männer) andererseits die Schaffung einer selbständigen Arbeiterpartei weniger nahelegten als in Deutschland, machen Pollard wie Breuille deutlich.

Arbeiterbewegung vor der Industrialisierung – so ist man aus der deutschen Perspektive versucht, den französischen Fall zu charakterisieren. Denn das wird hier deutlich: Kassen, Genossenschaften und Gewerkschaften, zahlreiche Streiks, vehemente Konflikte und frühsozialistisch-demokratischer Radikalismus sind nicht erst eine Sache der industriellen Arbeiterschaft – die im Marxschen Ansatz und in der deutschen Geschichtsschreibung so lange die prominenteste Stellung einnahmen –, sondern bereits und gerade eine Sache der zu Lohnarbeitern werdenden, mit dem Kapitalismus konfrontierten Gesellen im handelsabhängigen Kleinbetrieb, der Heimarbeiter und der nur noch formal unabhängigen kleinen Meister. Die »große Industrie« mit anonymen Fabriken und tiefen Schächten kam in Frankreich spät, die Tradition der Gesellen-Brüderschaften wirkte hier besonders lange und wohl tiefer fort als in Deutschland; zünftige Traditionen wurden hier anders als in Deutschland kaum von den Handwerksmeistern und ihren Zünften bewahrt, beschworen und benutzt (die überlebten in Frankreich die Große Revolution offenbar kaum), sondern mit anti-kapitalistisch-demokratischer Zielrichtung von vielen Gesellen, und das prägte die französische Arbeiterbewegung mehr, als es in Deutschland möglich war.¹⁴ Weniger zentralisiert, weniger systematisch, weniger bürokratisiert erscheinen die französischen Arbeiterorganisationen noch im späten 19. Jahrhundert – Marx traute ihnen auch deshalb so wenig zu –, auch weniger angepaßt ans Lohnsystem als ihre deutschen Entsprechungen, stärker von (stilisierten) Erinnerungen an ältere Formen von Arbeit und Leben geprägt, vielleicht auch deshalb umso konfliktfähiger. Bis in die 80er Jahre, das paßt in das Bild, entwickelten sich dort Streiks und Gewerkschaften größtenteils getrennt voneinander; in Deutschland verschmolz ihre Geschichte schon in den

späten 60er Jahren – der Tendenz nach, wenn auch nicht ganz. Was die »Trennung der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie« auf partei- und programmgeschichtlicher Ebene angeht, so rangiert die französische Entwicklung irgendwo zwischen dem englischen und dem deutschen Modell, aber wohl jenem näher als diesem: Zwar entstand Ende der 70er Jahre eine selbständige »Parti ouvrier français«, also nur anderthalb Jahrzehnte nach der ersten deutschen Arbeiterpartei-gründung und ein Vierteljahrhundert vor der englischen; aber sie blieb bis in die 90er Jahre sehr klein und instabil, genoß starke Kleinbürger- und Bauernbeteiligung, und vor allem blieb sie programmatisch und praktisch-politisch eng dem Republikanismus, der »bürgerlichen Demokratie« verbunden – viel deutlicher als die deutsche Sozialdemokratie.

Die Beiträge von Dowe und Konrad machen klar, wie in sich vielfältig der deutsche Fall war: die frühe und schnelle Industrialisierung in politisch autoritären Verhältnissen bedingte oder ermöglichte im preußischen Rheinland eine auf allen Ebenen sich früh regende Arbeiterbewegung, früh als Lohnarbeiterbewegung ausgeprägt: Streiks, Arbeitervereine, Gewerkschaften, die Tendenz zur Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie schon 1848/49 und dann 1863, nun nicht mehr zurückdrehbar. Hier stimmt das Modell: Der Schwäche des bürgerlich-demokratischen Radikalismus entsprach die frühe antilibérale, antibürgerliche, sozialdemokratische Arbeiterpartei in Gestalt des im Rheinland mächtigen ADAV (basierend auf einer Mischung von durchkapitalisierten Heimgewerben und früher Fabrik-industrie).

Dagegen Württemberg: Eine sehr späte und langsame Industrialisierung hielt Kleinbetriebe, landwirtschaftlich-gewerbliche Mischexistenzen und selbständig-proletarische Übergänge lange am Leben; der früh entwickelte Konstitutionalismus und eine starke volkstümlich-demokratische (wenn auch in vielem provinzielle und beschränkte) Bewegung bedingten sich gegenseitig. Welcher Faktor wichtiger war, bleibt unklar, aber jenes Industrialisierungsmuster und diese Eigenarten des politischen Systems zusammen machen verständlich, daß eine Lohnarbeiterbewegung (Streiks, Gewerkschaften, selbständige Arbeiterpartei) in Württemberg spät entstand – mit Ausnahme der weniger klassenspezifischen Produktionsgenossenschaften und Arbeitervereine. Hier hätte sich ein dem englischen Modell ähnliches Muster herausbilden können: die Zusammenarbeit zwischen einer klas-

senübergreifenden Partei (in Württemberg anders als im englischen Zweiparteiensystem bot sich dafür eine demokratische Volkspartei an) mit gemäßigten Arbeitervereinen (in Württemberg wären das neben den Gewerkschaften vor allem Arbeiterbildungsvereine gewesen, die in England und Frankreich anscheinend keine größere Rolle spielten). Doch dieses Modell der *verschobenen* Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie scheiterte um 1870, weil Württemberg ein Teil Deutschlands war und dessen Nationalstaatsbildung unter preußischer Regie vor sich ging. Deutlich geht aus Doves und Breuillys Beiträgen hervor, wie sehr die späte Nationalstaatsbildung, die in Deutschland, anders als in Frankreich und England, mit der Konstituierung der Arbeiterbewegung und mit der Austragung entscheidender Verfassungskonflikte zeitlich zusammenfiel, die Chance der bürgerlichen Demokratie reduzierte und als möglichen Bündnispartner der sich herauskristallisierenden Arbeiterbewegung entweder diskreditierte oder schwächte. Letztlich entschied sich die deutsche Entwicklung – auf diesem Gebiet wie in vielen anderen Sozial- und Politikbereichen – am preußischen, nicht am südwest-deutschen Modell, und nach 1870 nahmen in den hier interessierenden Fragen die Unterschiede zwischen den Einzelstaaten ab. Je später, desto weniger weit reicht der regionalgeschichtliche Ansatz allein; je später, desto berechtigter wird es, von einer »deutschen« Entwicklung zu sprechen, statt nur von einer Vielzahl regionaler.

Österreich allerdings schied nun aus dem entstehenden preußisch beherrschten Deutschen Reich aus. Bis in die frühen 70er Jahre wirkten die sächsischen und preußischen Vorbilder auf Deutsch-Österreich machtvoll ein. Hier entstand eine selbständige Arbeiterpartei fast zur gleichen Zeit wie in Preußen und Sachsen, als Import von dort und ohne feste Basis, denn Kapitalismus und Industrialisierung kamen verspätet nach Österreich, waren lange auf Inseln begrenzt und ließen die Klassenbildung unterhalb der Ebene der Partei nur langsam voranschreiten. Nach 1870 hörten die reichsdeutschen Einflüsse zwar keineswegs auf, doch sie wurden wohl schwächer. Besonderheiten der deutsch-österreichischen Entwicklung traten jetzt schärfer hervor: insbesondere die zeitweise enge Kooperation zwischen Arbeiterbewegung und Liberalismus, angesichts eines mächtigen gemeinsamen Gegners, des herrschenden konservativen Katholizismus, der offenbar, anders als im Rheinland, in Schlesien oder auch in Bayern, nicht mehr Zugang zu den Herzen der Arbeiter als zu den Köpfen der Libe-

ralen fand. Spätestens seit den 80er Jahren wirkte sich zudem die Nationalitätenvielfalt im Habsburger Vielvölkerstaat auf die Entwicklung der deutsch-österreichischen Arbeiterbewegung aus und prägte ihre Eigenart gegenüber der reichsdeutschen schärfer aus.

Es ist nicht einfach, aus diesen Beiträgen systematische Antworten auf die Frage nach den Ursachen der Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie zu folgern. Der internationale Vergleich zwischen Deutschland, Frankreich und England legt teilweise andere Schlußfolgerungen nahe als der interregionale Vergleich zwischen Württemberg, Deutsch-Österreich und dem Rheinland. Einige Eindrücke aber seien abschließend formuliert.

1. Zwar berücksichtigen alle Beiträge die Ideologien der entstehenden Arbeiterbewegung aufmerksam und zeigen, wie unterschiedlich diese von Fall zu Fall waren, wie wenig man einen Normalfall identifizieren kann, mit dem verglichen die anderen nur Abweichungen darstellen würden. Aber den Ideologien, Programmen und Theorien der entstehenden Arbeiterbewegung wird selbst kein großes Gewicht bei der Erklärung der beobachteten Eigenarten zugebilligt. Zweifellos wäre es falsch, würde man den »wissenschaftlichen Sozialismus« von Marx und Engels als wichtigen Faktor zur Erklärung der frühen Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie in Deutschland ansehen; daß die Lehren von Marx und Engels, auf deren englische Vorgänger und Vordenker Pollard eindrucklich aufmerksam macht, so relativ starke Wirkungen in Deutschland ausüben konnten, ist selbst ein erklärungsbedürftiges Phänomen; überdies war ihre Wirkung bis in die späten 70er Jahre auch in Preußen und Sachsen ungemein begrenzt.

2. Daß die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie nach Ausprägung und Zeitpunkt stark von sozialökonomischen Faktoren, vor allem vom zeitlichen Verlauf, von der Intensität, der Geschwindigkeit und vom Muster der Industrialisierung beeinflusst wurde, dafür bieten die folgenden Beiträge viele klare Anhaltspunkte. Zwar untersuchen sie zumeist nicht im einzelnen, wie die fortschreitende Industrialisierung Streitfragen entstehen oder nach vorn rücken ließ, welche die Allianz zwischen bürgerlichen Liberalen und Demokraten einerseits, Arbeitern und Arbeitersprechern andererseits auf harte Proben stellten: Verteilungsfragen, Konflikte über Arbeitsverhältnisse, Gewerkschaftsrecht, das allgemeine Wahlrecht, die Sozialpolitik usw. Aber der Vergleich zwischen Rheinland und Württem-

berg weist darauf hin, daß die frühzeitige und rasche Durchsetzung der Industrialisierung die Entstehung einer selbständigen Arbeiterbewegung auch auf politischer Ebene begünstigte und umgekehrt das gemessener Tempo einer später wirksam werdenden Industrialisierung die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie weniger dringlich machte und hinausshob; dieses Muster scheint auch vom französischen Fall bestätigt zu werden (die Durchsetzung der »großen Industrie« im Schneckentempo und zugleich das lange Überleben sozialistisch-republikanischer Kooperation) wie auch von den Bemerkungen über Deutsch-Österreich: Dort nämlich überlebte die Kooperation zwischen Arbeiterbewegung und Liberalismus am ehesten in ökonomisch rückständigen Gebieten.

Rückständigkeit wird man allerdings England mit seiner extrem langen »Lib-Lab«-Allianz ökonomisch keinesfalls unterstellen wollen. Aber daß das dortige vergleichsweise organisch-kontinuierliche Industrialisierungsmuster (deshalb das bemerkenswert große und dauerhafte Gewicht handwerklich hoch qualifizierter Arbeiter, deshalb auch die geringere Bedeutung aus der Landwirtschaft einströmender Proletarier) etwas mit der stärker beruflich gegliederten Gewerkschaftsbewegung und der Schwäche überberuflich-politischer Arbeiteraktionen (im Sinne des ADAV oder überhaupt einer unabhängigen Arbeiterpartei) zu tun hatte, das räumt selbst Breuilly ein, der ansonsten geneigt ist, soziopolitischen Faktoren eine größere Erklärungskraft zuzubilligen.

Doch kann die sozialökonomische Erklärung (in sich differenziert) nur eine unter anderen sein. Denn manches widerspricht diesem Bild: neben wichtigen Teilen der englischen Erfahrung auch das in diesem Band nicht behandelte Sachsen. Hier fand ja die Industrialisierung früh, gründlich und keineswegs langsam statt, und trotzdem fand sich dort, ähnlich wie in Württemberg, ausgeprägte Kooperation zwischen Arbeitervereinen und einer klassenübergreifend-demokratischen Volkspartei – bis zur »Störung« durch die preußische Reichsgründung von oben, 1866 und 1870/71. Auch der starke Einfluß des Linkliberalismus auf die gelernten Arbeiter im stark industrialisierenden Berlin muß zu denken geben.

Grundsätzlicher noch: Zweifellos trieb eine gründliche und schnelle kapitalistische Industrialisierung die Klassenbildung voran; insofern bestand die Korrelation. Aber, und das wird am französischen und am englischen Fall ebenso klar wie umgekehrt am deutsch-österreichi-

schen, die verschiedenen Dimensionen, die verschiedenen Schichten des Klassenbildungsprozesses entwickelten sich nicht notwendig gleichzeitig, parallel und synchron. Die Entwicklung von Lohnarbeit wie von proletarischen Kommunikations- und Lebenszusammenhängen mag mit der Industrialisierung voranschreiten, ohne zu ausgeprägten Klassenorganisationen zu führen. Wie Haupt argumentiert: Die Herausbildung von politischen Klassenorganisationen mag sogar kompensatorische Funktion angesichts nicht sehr weit fortgeschrittener sozialer Klassenbildung haben. Die frühe – »verfrühte« – Gründung einer Arbeiterpartei im ansonsten eher »rückständigen« Deutsch-Österreich scheint ein stützendes Beispiel zu sein. Das Alternieren von stärker gewerkschaftlich und stärker politisch geprägten Phasen in der englischen Arbeiterbewegungsgeschichte (Pollard) weist in dieselbe Richtung, in gewissem Unterschied zum deutschen Fall.¹⁵

3. Wenn auch Breuilly dem nicht viel Gewicht zubilligt, scheint der Vergleich zwischen Württemberg und dem Rheinland sowie der zwischen Deutschland und Frankreich, wahrscheinlich auch der zwischen Deutschland und England, eindeutig darauf zu verweisen, daß die – aus vielen verschiedenen Gründen stammende – Schwäche bürgerlich-demokratischer Strömungen und Traditionen die frühe Entstehung einer selbständigen sozialdemokratischen politischen Arbeiterbewegung begünstigte. Die starke Tradition des Republikanismus in Frankreich und die Schwäche der bürgerlichen Demokratie, wo immer Lassalles ADAV Fuß fassen konnte, sind eindruckliche Bestätigungen dieses Zusammenhangs.

4. Deutlich wird auch, welche wichtige Weichenstellung die Revolution von 1848/49 und ihre Niederlage für die weitere Entwicklung darstellten. Daß diese Erfahrung in England fehlte, wiegt schwer, wenn man die dort großen Chancen einer »Lib-Lab«-Allianz begreifen will. Denn die 1848/49 deutlich dokumentierte Schwäche der bürgerlichen Linken machte jedenfalls in Deutschland Arbeiter und Arbeiterführer mit gutem Grund skeptisch gegenüber Möglichkeiten einer durchsetzungsfähigen Allianz zwischen liberal-demokratischen Linken und proletarischer Bewegung. An Marx und Lassalle läßt sich das besonders klar zeigen. Und umgekehrt mochte die Erfahrung der Revolution mit ihren Ansätzen zu selbständigen Massenbewegungen manchen liberalen Bürger vorsichtiger und restriktiver gemacht haben, wenn es um die vorbehaltlose Zusammenarbeit mit der ihre An-

sprüche anmeldenden Arbeiterschaft ging. (Manche zogen allerdings auch die umgekehrte Konsequenz aus der Erfahrung von 1848/49: nämlich die Einsicht in die Notwendigkeit, liberale Bewegung und Volksbewegung nicht auseinanderdriften zu lassen, wenn man nicht wieder an den Bastionen der alten Gewalten scheitern wollte.)

5. Unabweisbar ist schließlich die Einsicht, daß in Deutschland zum einen der Zeitpunkt und die Form der Nationalstaatsbildung, zum andern die bis in die 60er Jahre nicht bereinigte Verfassungsfrage die frühe Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie begünstigten. Es reduzierte die Integrationsneigung und Integrationsfähigkeit des deutschen Liberalismus, daß er nicht in einem prinzipiell gesicherten und zu demokratischen Reformen fähigen parlamentarischen System wie in England agieren konnte und mit der nationalen Frage, der Verfassungsfrage und mit sozialen, industrialisierungsbedingten Herausforderungen *zugleich* konfrontiert war. Breuilly macht das eindringlich klar. Der Blick auf England zeigt überdies die wichtige Rolle des Wahlrechts. Und wie Dowe ein weiteres Mal vorführt und der französisch-deutsche Vergleich bestätigt, zerrieb die Bismarcksche Reichsgründung von oben die ohnehin nicht besonders starken bürgerlich-demokratischen Kräfte. Zunächst in Preußen, dann auch in Sachsen und südlich des Mains zog sie ihnen die Basis weg, sog sie auf oder verdammt sie zur Ohnmacht, die sie als Partner der aufstrebenden Arbeiterbewegung ausfallen ließ.

Daß in Deutschland die drei großen Probleme jeder neuzeitlichen Modernisierung – die nationale Frage, die Verfassungsfrage und die soziale Frage (insoweit diese Industrialisierungsfolge war) – in denselben Jahrzehnten auf die Tagesordnung der Geschichte drängten, daß die Bildung des Nationalstaats (schließlich von oben), der Kampf um die Parlamentarisierung (mit zuletzt ungünstigem Ausgang, gemessen an liberal-demokratischen Zielen) und die Konstituierung einer Arbeiterbewegung zugleich anstanden, das beförderte die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie entscheidend. Hierdurch unterscheidet sich die deutsche Entwicklung von der westeuropäischen und der nordamerikanischen, in ganz anderer Weise auch von der osteuropäischen und der russischen. Insofern hat die These vom »Sonderweg« weiterhin ihre Berechtigung, wenn auch gerade die Beiträge dieses Bandes zeigen, daß jedes Land und jede Region eigene Besonderheiten aufwies. Das Bild würde noch schärfer, bezöge man weitere Länder und Regionen in den Vergleich ein.

Anmerkungen

- 1 G. Mayer, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863–1870 [1912], wieder abgedruckt in: Ders., Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hg. v. H.-U. Wehler, Frankfurt 1969, S. 108–178.
- 2 Vgl. W. Schieder, Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus und die sozialistische Parteibildung in Deutschland, in: H. Mommsen (Hg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt 1974, S. 17–34, hier S. 30.
- 3 Diese Unvollkommenheit wie die lange Vorgeschichte der Trennung werden deutlich bei W. Conze/D. Groh, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Stuttgart 1966. Das Buch betont, wie sehr die Arbeiterbewegung bis 1866 und 1870/71 noch Teil der demokratisch-liberalen-nationalen Bewegung war, bevor sie durch Bismarcks Reichseinigung aus dem nationalen Lager herausgedrängt wurde. Vgl. auch H. Eckert, Liberal- oder Sozialdemokratie, Stuttgart 1968.
- 4 Man denke im Vormärz an die Auseinandersetzung zwischen Karl Marx und Arnold Ruge und an die aufgrund der Zensur sich zunächst im Ausland bildenden Arbeiter-Gesellen-Vereine (1847: Bund der Kommunisten) sowie 1848 an die soziale wie politische Zwecke verfolgende »Arbeiterverbrüderung«. Vgl. H. Rosenberg, Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz, Göttingen 1972, bes. S. 18–50; W. Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Juli-Revolution von 1830, Stuttgart 1963; E. Schraepler, Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830–1853, Berlin 1972; F. Balsler, Sozialdemokratie 1848/49–1863. Die erste Arbeiterorganisation »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution, Stuttgart 1962.
- 5 Vgl. zu diesem Ansatz und als Überblick über die deutsche Entwicklung: J. Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin u. Bonn 1983.
- 6 Diese Sichtweise ist in der marxistischen Geschichtsschreibung zentral. Vgl. G. Benser, Zur Herausbildung der Eisenacher Partei, Berlin 1956; G. Fesser, Linksliberalismus und Arbeiterbewegung. Die Stellung der Deutschen Fortschrittspartei zur Arbeiterbewegung 1861–1866, Berlin 1976; D. Fricke, Deutsche Demokraten 1830–1945. Die nicht-proletarischen demokratischen Kräfte in der deutschen Geschichte, Köln 1981; Eine ähnliche Sichtweise, gut dokumentiert, in: T. Offermann, Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863, Bonn 1979.
- 7 Vgl. W. Conze, Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland. Das Beispiel Schulze-Delitzschs, Heidelberg 1965; G. Runge, Die Volkspartei in Württemberg von 1864–1871, Stuttgart

- 1970; R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863–1866, Berlin 1962.
- 8 Zur allgemeinen Kontroverse darüber vgl. D. Blackburn/G. Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt 1980; Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität? (Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte), München 1982; Hans-Ulrich Wehler: »Deutscher Sonderweg« oder allgemeine Probleme des westlichen Kapitalismus, in: Merkur 1981, S. 478–487; H. A. Winkler, Der deutsche Sonderweg: Eine Nachlese, in: Merkur 1981, 793–804. J. Kocka, Der »deutsche Sonderweg« in der Diskussion, in: German Studies Review, Bd. 5, 1982, S. 365–379.
 - 9 So schon die klassische Darstellung von Gustav Mayer (oben Anm. 1).
 - 10 Vgl. die zitierten Werke von Conze/Groh und Schieder; auch Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung, S. 193–198.
 - 11 Vgl. H. Kaelble, Der Mythos von der rapiden Industrialisierung in Deutschland, in: GG, Jg. 9, 1983, S. 106–118. Kaelble ist kritisch gegenüber der Vorstellung einer besonders schnellen Industrialisierung in Deutschland; doch trifft diese Vorstellung zu, solange man die deutsche Entwicklung mit der französischen und der englischen vergleicht.
 - 12 Unter dem Titel »Volksbewegungen und Klassenbewegungen im 19. Jahrhundert: Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich«.
 - 13 Dazu näher J. Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung.
 - 14 Vgl. J. Kocka, Craft Traditions and The German Labour Movement in the 19th Century, in: G. Crossick u. a. (Hg.), The Power of History. Essays for Eric Hobsbawm, Cambridge 1984.
 - 15 Hieraus ergeben sich vielleicht grundsätzliche Probleme für jedes Modell der Klassenbildung, das von der im Prinzip gleichmäßigen, sich wechselseitig verstärkenden Entwicklung der verschiedenen Dimensionen von »Klasse« ausgeht (so etwa in dem wichtigen und einflußreichen Werk von H. Zwhar: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin 1978; oder auch mit Abschwächung bei J. Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung). Man muß das weiter bedenken. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Sicht von E. P. Thompson, Die englische Gesellschaft im 18. Jahrhundert: Klassenkampf ohne Klasse?, in: Plebejische Kultur und moralische Ökonomie, Frankfurt 1980, S. 247–289, hier bes. 267: Danach gehen Klassenkonflikte der Klassenbildung logisch und historisch voraus.